

Antrag

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 01.12.2010

Niedersachsen aktiv gegen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

- I. Der Landtag spricht sich bis zur abschließenden Klärung der mit dem Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen einhergehenden Risiken für einen Verzicht auf diese Art des Landbaus aus.
- II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
 1. bei der landwirtschaftlichen Nutzung landeseigener Flächen auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zu verzichten;
 2. bei der Verpachtung landeseigener Flächen zur landwirtschaftlichen Nutzung im Rahmen der vertraglichen Möglichkeiten den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen auszuschließen;
 3. strenge Kontrollen bei konventionellem Saatgut durchzuführen und dieses bei festgestellter Verunreinigung durch gentechnisch verändertes Saatgut konsequent aus dem Verkehr zu ziehen;
 4. in geeigneter Weise auf Bundesebene darauf hinzuwirken, den landwirtschaftlichen Anbau von zugelassenen gentechnisch veränderten Pflanzen einzuschränken und die Zulassung weiterer gentechnisch veränderter Pflanzen durch die EU-Kommission ausschließlich auf der Basis wissenschaftlicher Bewertungen bei Sicherstellung des maximalen Schutzes der Verbraucher durchzuführen;
 5. auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass in Niedersachsen keine Sortenprüfungen mit gentechnisch veränderten Pflanzen vom Bundessortenamt durchgeführt werden;
 6. sich insbesondere bei der Bundesregierung für eine stärkere Mitsprache der Regionen bei Fragen des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen auf EU-Ebene einzusetzen;
 7. auf Bundesebene nachdrücklich darauf hinzuwirken, dass die Forschung zur biologischen Sicherheit und Risikovermeidung im Bereich der Gentechnik verstärkt wird;
 8. einen Aufruf an alle niedersächsischen Städte und Gemeinden zu richten, gentechnikfreie Zonen zu initiieren oder bereits bestehenden beizutreten und selbige hernach zu bewerben;
 9. eine Aufnahme Niedersachsens in das „Europäische Netzwerk gentechnikfreier Regionen“ anzustreben,
 10. die Ergebnisse von Datenerhebungen zu gentechnikfreien Zonen, Ökobetrieben und Naturschutzflächen dem Landtag zur Verfügung zu stellen.

Begründung

Der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen steht im Konflikt mit der konventionellen und biologischen/ökologischen Landwirtschaft und damit mit der Existenzgrundlage und dem Betriebsmodell nahezu aller niedersächsischer Landwirte. Eine Koexistenz gentechnikfreier Landwirtschaft neben einem Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen ist in vielen Fällen gegenwärtig unmöglich. Voraussetzung für die Anwendung neuer biotechnologischer Verfahren in der Landwirtschaft ist eine umfassende Sicherheitsbewertung dieser Technologien, denn an die Gesundheit und Unversehrtheit der Menschen, Tiere und Pflanzen Niedersachsens sollen die höchsten Schutzstandards und -kategorien angelegt werden.

Die Akzeptanz der niedersächsischen Bevölkerung und der Öffentlichkeit für gentechnisch veränderte Pflanzen ist - wie in anderen Bundesländern auch - nach wie vor sehr gering. Daneben fehlen bisher noch immer gesicherte Informationen über langfristige wirtschaftliche (Haftungsfragen) und ökologische Auswirkungen. Das heißt, die mit dem Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen einhergehenden Risiken konnten bisher noch nicht abschließend geklärt werden. Daher soll auf den kommerziellen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Niedersachsen zunächst verzichtet werden.

Christa Reichwaldt
Parlamentarische Geschäftsführerin